

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsdirektor und in allen Nummern erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreise monatlich drei Mark 20 Pf. (halbmonatlich 1 Mark 10 Pf.) durch die Post bezogen monatlich 3 Mark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-21 / Geschäftsstelle u. Expedition: Mühlentorstr. 2 / Fernsprecher: 17 239 / Postfach Dresden Nr. 18 699, Dresdner Verlagsgesellschaft
Schriftleitung: Dresden-21, Mühlentorstr. 2 / Fernspr. Mühlentorstr. 17 239 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gebaltene Normzeile oder deren Raum 0,30 Mark, für Familienanzeigen 0,20 Mark. Für die Restzeile einschließlich an den dreifachen Teil einer Tageszeitung 1,50 Mark. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-21, Mühlentorstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Bezahlung besteht kein Anspruch auf Vorkauf der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang Dresden, Montag, den 19. Dezember 1927 Nummer 294

Verwirrungsmanöver im Ruhrkampf

Die Arbeiter lehnen ab — Reformisten sabotieren Kampfbereitungen
Die Opposition fordert Streik

Essen, 19. Dez. (Eig. Drahtbericht.)

Die Gewerkschaftskonferenzen, die gestern im Ruhrgebiet stattgefunden haben, zeigten eine starke Kampfschloffenheit der Arbeiterschaft. Gleichzeitig zeigten die Konferenzen aber mit aller Deutlichkeit, daß die Gewerkschaftsbureaucratie entschlossen ist, den Kampf abzumürgen, um der Arbeiterschaft eine neue Niederlage zu bereiten.

In den meisten Generalversammlungen in Herne und Wattencheid sprach sich die Arbeiterschaft für die Ausnahme des Streikes aus, auch dann, wenn der Schiedspruch für verbindlich erklärt werden sollte. In den Delegierten-Versammlungen gelang es jedoch den Reformisten, mit Hilfe ihrer Täuschungsmanöver ihre Resolution zur Annahme zu bringen. Alle Delegiertenversammlungen waren sehr stark besucht. Anwesend war neben Wolf der Vorsitzende des DMB Reichs. Die ordnungsgemäße Zusammenlegung der Konferenz wurde stark bezweifelt, da bekannt war, daß in den einzelnen Ortsverwaltungen die Wahl der Delegierten nicht von den Mitgliedern erfolgte, sondern von der Ortsverwaltung bestimmt worden waren. Es wurde die Resolution der Reformisten mit 75 gegen 16 Stimmen angenommen.

Die Opposition beantragte, daß der Streik trotz Verbindlichkeitsklärung durchgeführt werden solle. Nach Ablehnung ihrer Resolution beantragte die Opposition darüber hinaus durch Wahlstimmung die Metallarbeiterchaft entscheiden zu lassen. Dieser Antrag wurde von Wolf nicht zur Berlesung und nur die Resolution der Reformisten zur Abstimmung gebracht. Sie lehnt den Schiedspruch als unannehmbar ab, ohne den Arbeitern einen weiteren Weg zu zeigen.

Nach dem Bericht der Tesunion beauftragt die Entschließung der Reformisten die Gewerkschaftsführer, alles (!) zu tun, um a) den Schiedsbeginn der Thomas- und Martinwerke und der dazu gehörigen Walzstragen (späterzuliegen), b) eine weitere angemessene Erhöhung der Tariflöhne herbeizuführen, c) die lange Laufdauer des Lohnschiedspruches zu verkürzen und d) klarzustellen, daß die Arbeiter in den Hochöfen und Röhrenfabriken der Bessemerwerke ab 1. Januar 1928 die dreigeteilte Achtstundenschicht zu beanspruchen haben.

Damit ist die Bahn zu einem Kompromiß freigemacht. Die Reformisten haben nun die Gelegenheit, bei den heute in Berlin beginnenden Verhandlungen über eine eventuelle Verbindlichkeitsklärung nach einigen kleineren Zugeständnissen den Kampf um den Achtstundentag und Lohn-erhöhung abzudrehen.

Die Christen haben auf der gestern in Mülheim stattgefundenen Konferenz den Schiedspruch über die Arbeitszeit mit 63 gegen 45 Stimmen angenommen und den Lohnschiedspruch abgelehnt.

Starke Opposition in den Funktionärskonferenzen

(Von unserem Berichterstatter.)

Wochum, 17. Dezember. Eine starkbesuchte Funktionärskonferenz des DMB Wochum nahm Stellung zum Schiedspruch. Die Opposition verlangte den Streik am 2. Januar auch bei Verbindlichkeitsklärung. Im selben Sinne äußerten sich zwei SPD-Redner. Sogar der sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende des Wochumer Vereins forderte die Kampfaufnahme und enthielt sich bei der Resolutionsabstimmung der Stimme. Allenfalls wurde von den Oppositionsrednern über die Frage Erregung unter den Besessenen berichtet. Der Referent der Ortsverwaltung erklärte den Forderungen der Opposition gegenüber, daß es nicht Aufgabe der Funktionäre sei, Beschlüsse zu fassen, sondern das sei der großen Lohnkommission bzw. der Delegiertenkonferenz überlassen. Deshalb könne er auch über die Resolution der Opposition nicht abstimmen. Delegierte zur Delegiertenkonferenz seien im Anfang des Jahres gewählt worden, so daß sich jetzt eine Wahl erübrige. Die Entschließung der Reformisten, die den Schiedspruch ablehnt, aber jede konkrete Aufforderung zum Kampf unterläßt, wurde schließlich mit 51 gegen 26 Stimmen angenommen. Gegenüber dem sonstigen Kräfteverhältnis zwischen Reformisten und Opposition müssen die abgegebenen 26 Stimmen der Opposition als eine starke Minderheit bezeichnet

werden, bereits eine Folge des durch die Metallarbeiter ausgeübten Drucks auf die reformistischen Funktionäre. Gleichzeitig läßt aber das Verhalten der Reformisten in der Funktionärskonferenz darauf schließen, daß die am Sonntag stattfindende Delegiertenkonferenz so zusammengesetzt ist, und durchaus nicht den Willen der zum Kampf bereiten Metallarbeiter zum Ausdruck bringt. Deshalb ist die sofortige Mobilisierung der Belegschaften das Gebot der Stunde.

Auf der gleichzeitig in Essen tagenden Funktionärskonferenz wurde beschlossen, keinerlei Äußerungen an die Presse gehen zu lassen. Diese Geheimnisthümerie verstärkt den Verdacht, daß die Delegiertenkonferenz, zusammengesetzt, allein beschließen soll, ohne daß die Mitglieder vorher klaren Wein eingeschenkt bekommen.

Die Unternehmer lehnen ab!

Düsseldorf, 17. Dezember.

Die Unternehmer der Schwerindustrie haben, wie hier bekannt wird, die beiden Schiedsprüche über Lohn und Arbeitszeit abgelehnt.

In der Begründung zu der Ablehnung der Unternehmer erklären die Kapitalisten, daß der Schiedspruch über die Arbeitszeit eine für die Industrie untragbare Belastung ergeben würde und eine Minderung der Produktion zur Folge habe. Der generellen Lohnerhöhung könne unter keinen Umständen zugestimmt werden. Der Ausfall an Lohn für die Verkürzung der Arbeitszeit müsse auf jeden Fall von den Arbeitern getragen werden. Es befürchte die Befürchtung, daß die Verdoppelung der Löhnerhöhung sich nicht nur auf den Bezirk beschränken werde, sondern sich auch auf die übrigen Bezirke ausdehne. Die Lohnerhöhung würde erneut eine Teuerungswelle heraufbeschwören.

Die Volkszeitung „antwortet“

R.R. Der erste Ton, den die Dresdner Volkszeitung auf unsere Artikel „Klassenkampf oder Arbeiterverwirrung“ antwortet, ist eine Beschimpfung: „Kommunistenblättern-Ständchen der hiesigen kommunistischen Arbeiterstimme“. Das charakterisiert das Niveau. Edel schmeckt auch nicht persönlich, so daß wir nicht wissen, ob wir die Ehre haben, uns mit Obel selbst, oder der Redaktion der Volkszeitung auseinanderzusetzen. Aber was antwortet die Volkszeitung? Geht sie mit einem Wort auf unsere Fragen ein? Nicht eine Silbe. Sie schweigt sich aus über alle von uns ausgeführten Handlungen, die die SPD als Verblüdete des Bürgerturns beging. Anstatt auf unsere Grundfragen zu antworten, erklärt die Volkszeitung, wir wären also Behauptungen auf und schreibt:

„Man kann natürlich nicht verlangen, daß wir tausendmal widerlegte unsinnige Redensarten noch einmal widerlegen.“

Was ist denn widerlegt, was sind denn unsinnige Redensarten? Haben die Sozialdemokraten nicht für das Ermächtigungsgesetz gestimmt? Haben sie nicht dem 10prozentigen Steuerzuschlag zugestimmt? Haben sie nicht für das Betriebsratsgesetz gestimmt, das eine Waffe für die Unternehmer darstellt? Hat nicht Ebert den Reichswehrmarsch nach Sachsen zugelassen und hat nicht die Reichswehr die SPD den Generalstreik gegen diesen Einmarsch abgelehnt, den Proteststreik isoliert? Wir können noch mehr fragen. War die SPD nicht für die Fürstenabstimmung? Hat sie nicht in Preußen und im Reich zugestimmt? Weshalb antwortet die Volkszeitung nicht konkret? — Weil sie nichts zu antworten hat, weil jedes Kind in Deutschland die von uns festgestellten Tatsachen nachprüfen könnte. Man kann die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz nicht bestreiten, nicht bestreiten die Zustimmung zum Steuerzuschlag, nicht bestreiten unsere Feststellung zu all den anderen Fragen. Weshalb schweigt die Volkszeitung zu unseren Feststellungen zu der Verwirrung, die die Volkszeitung selbst in der Frage des Hüttenarbeiterkampfes anzukämpfen veruchte, wo sie den Arbeitern in ihrer Ueber-schrift erklärte, daß das Dreischichtensystem gesichert sei, und wo sie sich in ihrem Eifer, den Kampfwillen abzukühlen, die Verwirrung zu proklamieren, ein wenig übernommen hatte? Weshalb antwortet sie auf konkrete Feststellungen wieder mit eklektischen Redensarten? Jeder denkende Arbeiter wird fühlen, daß das eine politische Bankrottierung ist. Die SPD kann nicht wagen, ihre Politik offen zu verteidigen, deswegen versucht sie Ablenkungsmanöver.

Die Volkszeitung erklärt, wir schimpfen. Nun, darüber lassen wir die Arbeiter entscheiden, die unsere Artikel gelesen haben, aber man kann Betrug nicht anders nennen wie Betrug. Ob

Das Massaker in Kanton

Die Raube der Konterrevolutionäre

Aus Kanton, Hongkong und Shanghai wird von massenhaften Hinrichtungen von Arbeitern, Bauern und Studenten gemeldet. Die imperialistische Presse in Shanghai, voran die englische „North China Daily News“, hebt zu nachschärflicher Verfolgungen und warnt davor, sich nun in dem Glauben zu wagen, daß die Gefahr weiter zurückzuführen ist in den Städten, besonders in Shanghai, vorüber sei. Sie weist darauf hin, daß die revolutionären Kräfte fortgesetzt verstärkt werden durch die Bauernaufstände außerhalb des Reiches der Hüfen und der imperialistischen Kriegsschiffe. Sie gibt ferner den chinesischen Generalen der Kuomintang den Rat, sich zu vereinigen und eine große Antikommunistenarmee (!) zu schaffen, die nicht nur in den Städten, sondern gleichzeitig auf dem Lande die rebellischen Bauern unterdrückt. Tschangschai hat inzwischen auf die Erklärung der Auflösung aller Konsulate und Handelsagenturen Sowjetlands eine Erklärung folgen lassen, in der er mitteilt, daß eine neue Orientierung der Außenpolitik an die Vertragsmächte, England, Japan und Amerika, in der Kuomintang herrschen müsse, wenn man der Gefahr weiterer Kämpfe mit Erfolg begegnen wolle.

Aus Kanton wird von der Ermordung des Konsulats der Sowjetunion, der Verhaftung, Mißhandlung von zahlreichen Konsulatsbeamten mitgeteilt. Ueber das furchtbare Massaker, das die Konterrevolutionäre unter den Konsulatsländern anrichteten, läßt sich das Berliner Tageblatt von seinem Sonderkorrespondenten melden, daß jetzt noch in den Straßen Kantons über 2000 erschlagene Kommunisten liegen. Täglich kommt es zu neuen Kommunistenjagden und zu neuen Ri-käten.

Die Kuomintang und ihre Generale zeigen „in dieser blutigen Raube und dieser offenen Verungung an die imperialistischen Mächte um Hilfe den unterdrückten Massen Chinas auf deutliche an, in welchen Diensten sie stehen. Der kantonische Aufstand hat die Front der Revolution und Konterrevolution in China scharf in zwei Lager getrennt, und die Wirkung dessen kann die Position der Kuomintang im chinesischen Volk nur noch mehr erschüttern.“

Bewußt oder unbewußt: eine Politik, die die Arbeiter vom Klassenkampf abhält, ist Betrug. Diese Politik den Arbeitern aber noch als Klassenkampf hinstellen, ist Betrug und — nicht unbewußt.

Auch über diese unsere Feststellung gleitet die Volkszeitung hinweg mit der Bemerkung: „auch darüber erübrigt sich eine Erklärung.“ Die Volkszeitung mag doch wohl kaum, anzunehmen, daß die Arbeiter das für eine genügende Erklärung ansehen. Denn der Vorwurf, daß eine politische Partei bewußten Betrug begehe, ist sicherlich ein sehr schwerer. Die Volkszeitung macht aber nicht den leisesten Versuch, diesen Vorwurf zu widerlegen, sondern legt die Betrugsmasche fort.

Die Volkszeitung überschreibt ihren Artikel „Die kommunistische Einheitsfront, ihre Theorie und ihre Praxis.“ In dem Artikel sucht man aber vergeblich nach einer Kritik oder einer Stellungnahme zu unserer Theorie und Praxis. Genau so wenig, wie wir dies in der Rede von Obel finden konnten.

Statt dessen antwortet man mit einem ellenlangen Stroh über die Auseinandersetzungen in der russischen kommunistischen Partei. Die Volkszeitung sagt, kann haben wir nichts geschrieben, gleichzeitig bekräftigt sie aber, daß an unseren Artikel angeschlossen war ein Bericht über den Moskauer Parteitag, der sich mit diesen Fragen beschäftigt.

Wir haben sicherlich keine Ursache, über diese Auseinandersetzung mit der Opposition zu schweigen, wir haben alles Interesse daran, die Fragen zu klären. Daß die SPD auch ein besonderes Interesse an diesen Vorgängen hat, ist verständlich; hoffen doch die Konterrevolutionäre aller Länder jetzt auf die Opposition, um über sie in Rußland eindringen zu können.

Anstatt uns auf unsere konkreten Fragen konkret zu antworten, stellt die Volkszeitung den Satz auf: „Diese Auseinandersetzungen (in Rußland) beweisen viel nachhaltiger, als es irgend ein sozialdemokratischer Redner vermöchte, daß die kommunistischen Parteien von der Entwicklung selbst ab abzuwenden geführt werden.“ Dann erklärt die Volkszeitung, die kommunistische Propaganda erweist sich in Rußland als „wirklichkeitsfremd“. Die Entwicklung in Sowjetrußland zeigt jedem Arbeiter, was ab abzuwenden geführt wird, zeigt jedem Arbeiter, was „wirklichkeitsfremd“ ist. Seit 10 Jahren lehnen die Sozialdemokraten, daß die Sowjetunion zugrunde geht. Trotz dieses Gelächers steht die Sowjetunion fest und entwickelt sich voran. Was dann die Volkszeitung über die Politik Stalins schreibt, daß die Veruche, durch Konfessionen an Bayern und Bourgeoisie die Sowjetmacht zu behaupten, nur zu problematisch seien, das sind im Grunde die Ausführungen Trotskis und der Opposition, reichlich rein, übernommen und überzogen

Mindeststrafe im Arensdorfer Prozeß

Wilde der Klassenjustiz für den Stahlhelmvörder und seine Anstifter — Gute Zeiten für den Junker von Alvensleben!

Zu tausend Malen haben wir zu diesen Tagen, bei jeder Gelegenheit, praktisch Stellung genommen. Es handelt sich um das Problem des Aufbaues des Sozialismus. Die Sowjetunion hat bisher gezeigt, daß sie auf diesem Wege vorwärts kommt, daß sie in immer breiterem Maße zum Sozialismus marschiert. Wir haben gerade zu dieser Frage ein Blatt aus dem kommunistischen Manifest gebracht, das besagt, daß die Arbeiter die Staatsmacht erobern müssen, um dann Stück um Stück die Kapitalisten zu enteignen. Die Sowjetunion vollführt also eine folgerichtige marxistische Politik. Auf diese Hinweise aus dem Manifest einzugehen, hat die Volkszeitung vorzüglich vermieden. Wir hatten gerade deswegen etwas mehr Raum aufgewendet, um den Arbeitern dies zu zeigen.

Die Volkszeitung geht wohl darauf ein, daß wir feststellten, daß das Blatt über den Befreiungskampf der Arbeiterklasse als das Werk der Arbeiterklasse nicht dem Manifest einmüßig sei. Wir stellen damit fest, daß die sozialdemokratischen Führer nicht einmal die Grunddokumente des Marxismus lesen. Darauf antwortet die Volkszeitung nun mit einem Kopfschütteln. Sie schreibt, daß wir zugegeben haben, daß das kommunistische Manifest sich in der Richtung bewege, dann schreibt sie: „Wir fügen dem hinzu, daß in einem Vorwort zum kommunistischen Manifest Engels im Jahre 1890 wörtlich schrieb, daß Marx und er schon im Jahre 1847 sehr entschieden der Ansicht waren, daß die Emanzipation der Arbeiterklasse das Werk der Arbeiterklasse selbst sein müsse“.

Hierzu müssen wir die Feststellung machen, daß die Volkszeitung nichts zu unseren Erklärungen hinzufügt, sondern abschreibt. Wir schrieben in unserem Artikel vom 13. Dezember: „Wohl ist das Manifest im Sinne dieser Erkenntnis gehalten, wohl hat Friedrich Engels in seinem Vorwort vom 1. Mai 1890 geschrieben, daß sie, Marx und Engels, schon damals, als sie das Manifest verfaßten, der Ansicht waren, daß die Emanzipation der Arbeiter das Werk der Arbeiterklasse selbst sein muß“.

Wir machen diese Feststellung keineswegs aus literarischem Ehrgeiz, sondern um zu zeigen, daß selbst in dieser Frage die Volkszeitung ein Betrugsmanöver vollführt. Obendrein zitiert die Volkszeitung nochmals falsch, Engels spricht einmal vom Arbeiter, dann von der Arbeiterklasse. In dem Statutenentwurf zur Internationale heißt es dann beide Male Arbeiterklasse. Auch diese Feststellung machen wir nur, um zu zeigen, daß die SPD-Führer nicht einmal zu einer Faksimile der Schriften von Marx zur Hand nehmen, daß sie aber dem Arbeiter gegenüber auch in dieser Frage betrügen.

Die Volkszeitung beschwört Martow gegen uns. Schon dieser Sozialistenführer hätte das System der Kommunisten als „ein Gewaltregime unkontrollierter Claque“ gekennzeichnet. Trotski hat früher einmal dasselbe behauptet und stellt jetzt diese Thesen gegen Stalin wieder auf. Diese Führer schreiben immer wieder von Gewaltclaque, wenn ihre Meinung und Auffassung nicht angenommen wird. Aber wenn diese „Claque“ nicht kontrolliert werden, wie kommt es, daß die Trotski und Sinowjew ausgeschlossen wurden? Wenn sie nicht kontrolliert wurden, wie kann die ganze Partei gegen diese beiden stehen?

Die Kontrolle ist bei den Kommunisten härter und entscheidender als bei der SPD; in der SPD ist kein Platz für Renegaten selbst wenn sie einmal vorübergehend Verdienste um das Proletariat hatten. Das müssen jetzt die Trotski und Genossen erfahren. Die Einheitlichkeit der Partei, die Einheitlichkeit der Auffassung (nicht Kadavergehorsam) sind das Grundprinzip des Sieges. Hier ist auch auf die Frage über die Betätigung der Arbeiter durch die Arbeiterklasse selbst noch einmal einzugehen.

Wenn Marx von dieser Notwendigkeit gesprochen hat, dann geht aus all seinen Schriften hervor, daß er damit die Bewegung der Massen meint. Die SPD versteht dies aber in das Gegenteil. Sie mißbraucht die Massen, um Positionen für die Führer zu schaffen und täuscht den Massen vor, das Wirken dieser Führer im kapitalistischen Staat befreie die Massen. Die Grundaufassung von Marx ist wohl in einigen Programmen der SPD enthalten gewesen, in ihrem letzten Programm haben sie den Klassenkampf fallen lassen, in der Praxis denken aber die Sozialdemokraten nicht daran, diese Grundaufassung zu vertreten. Diese wird einzig und allein von den Kommunisten vertreten.

Beschäftigen wir uns nun ein wenig mit einem anderen Blatt, das die Volkszeitung gesucht und gefunden hat:

Die Kommunisten sind keine besondere Partei gegenüber den anderen Arbeiterparteien. Sie haben keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen. Sie stellen keine besonderen Prinzipien auf, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen. Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch, daß sie eintreten in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletariat die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, andererseits dadurch, daß sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, die der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten.

Die erste Voraussetzung, die an dieses Blatt geknüpft wird, ist, daß die Arbeiterpartei die Interessen der Arbeiter wirklich vertritt, nämlich die Interessen des Proletariats hervorhebt. Macht das aber die SPD? Rhetorisch hin und wieder maßgebend noch, aber in der Praxis geschieht das nur von den Kommunisten. Wir erinnern nur an die Frage des Damesplanen, der Zustimmung zum Londoner Abkommen. Die SPD vertrat dabei keineswegs die besonderen Interessen der Arbeiter, sie betrug die Arbeiter mit allen möglichen Versprechungen, um die Arbeiter zu veranlassen sich die Damespläne aufbürden zu lassen. Die Eisenbahner und auch die Beamten haben jetzt erst wieder die praktischen Auswirkungen dieser Zustimmungspolitik zu fühlen bekommen. Nicht im Interesse der Arbeiter, sondern in dem der Kapitalisten lag die Zustimmung, die die SPD mit allen Mitteln propagierte. Auch in dieser Frage vertrat nur die SPD die besonderen Interessen des Proletariats.

Gewiß sind die Kommunisten keine besondere Partei, sie vertreten die Interessen der gesamten Arbeiterschaft und nicht bestimmter Gruppen, während die SPD im Interesse der Kapitalisten die Arbeiter am Kampf hindert. Die SPD vertritt im besten Falle die Interessen der Arbeiteraristokratie, der gehobenen Arbeiter, die sich mit dem Kapitalismus ausöhnen. Deswegen ist die SPD an den Kapitalismus gebunden, nicht an dessen Überwindung interessiert. Wir werden uns nicht liquidieren; die Geschichte wird aber, das sind wir gewiß, die SPD liquidieren.

Zum Schluß: weshalb antwortet ihr nicht konkret? Weshalb geht ihr um alle Fragen herum? Wenn die SPD eine Klassenkampfpartei ist, weshalb zeigt sie nicht ihre Taten, weshalb antwortet sie nicht mit der Aufzählung derselben? Weil sie keine proletarischen Taten aufzuweisen hat, sondern nur Taten für die Kapitalisten aufzuführen vermag. Weshalb beweiht sie uns nicht, daß ihre „Fehler“ wirklich „Fehler“ und kein Grundlag sind? Wir haben nachgewiesen, daß die SPD nur eine solche Politik der „Fehler“ betreibt, weil sie ihrer grundsätzlichen Stellung entspringen, weil sie eben nicht ihre „Fehler“, sondern ihre Politik sind.

Die Antwort, die man uns gab, war schwach, sehr schwach. Sie bewies nur die Richtigkeit unserer Feststellungen.

Im Arensdorfer Mordprozeß wurde am Sonnabend vom Schwurgericht folgendes Urteil gefällt:

August Schmelzer wegen Totschlages in zwei Fällen und versuchten Totschlages in mehreren Fällen zu 5 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust, Paul Schmelzer (Vater) wegen Beihilfe zu diesen Delikten zu ein und ein halb Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Der Angeklagte Paul Schmelzer wird in Untersuchungshaft genommen, da wegen der Höhe der Strafe Fluchtverdacht besteht.

Die Einleitung zu diesem Schlußakt des Arensdorfer Prozesses bildeten die letzten Wädögers. Rechtsanwalt Falkenfeld erinnert an die Äußerung eines Reichsbannerführers: „Wir wollen keine Rache, das Urteil soll den Erfolg haben, daß in Zukunft ein politischer Gegner den andern duldet.“

Die Verteidigungsrede von Arltz (Stahlhelm) ging aus von der politischen Verworfenheit dieses nationalen Absozialis. In unserem „armen deutschen Vaterlande“ haben wir zwei Richtungen. Eine vertritt den Nationalismus und Internationalismus und die andere den „deutschen Mannesmut“, die Partei des „deutschen Mannesmut“ sei der Stahlhelm.

Rechtsanwalt Bloch zog das deutsche Bauerntum als Beweismittel für die blütenweiße Unschuld seines Klienten heran. Der Landmann sei im Grunde seines Herzens ein frommer Christ, der noch in die Kirche ginge.

Nach einigen unbedeutenden Repliken wurde das an erster Stelle genannte Urteil gefällt.

Das Urteil gegen die Arensdorfer Mörder kann nur als ein Urteil gegen das Reichsbanner aufgefaßt werden. Das ergibt sich nicht zuletzt aus einigen Punkten der Urteilsbegründung: „Den Zustand, der in Arensdorf herrschte, kann man als Verheerung bezeichnen“, sagte der Vorsitzende. „Bei einem solchen Zustande geht die Finte mal von selbst los — und hier sind sie eben losgegangen. Wenn gewisse Kreise ein hartes Urteil erwartet haben, so muß ich bemerken, daß das Gericht kein Vollzugsantrieb ist“ (!).

Daß die deutschen Gerichte in allen Fällen, wo es sich um die Verurteilung von Arbeitern handelt, Vollzugsantrieb des Bürgerblades, der herrschenden Klasse waren, ist zur Genüge bekannt. Hätten Kommunisten in Frankfurt auf der Anklagebank gesessen, so wären sie wegen des gleichen Verbrechens zu jahrelangen Zuchthausstrafen verurteilt worden.

Dem Stahlhelmvörder August Schmelzer ist die Mindeststrafe, die auf Totschlag steht, zugestanden worden. Der Helfer und Anstifter Paul Schmelzer kam mit der lächerlichen Strafe von ein und ein halb Jahren weg. Der politische Urheber der Ver-

brechen, Herr von Alvensleben, kehrt unbehelligt zurück in das Schloß seiner Väter und geht mit neuer Kraft an die Prodigierung des „deutschen Mannesmutes“.

Das unerbittliche Urteil muß auch dem letzten Reichsbanner, der Arbeiter die Augen öffnen. Der Mord an den Kameraden Tiede und Wolf hat keine wirkliche Sühne gefunden. Das Ziel, das Reichsbanner Falkenberg andeutete, die faschistischen Kreise das Reichsbanner zu veranlassen, wird durch die „Duldung“ des Reichsbanners zu veranlassen, wird durch dieses Urteil nicht erreicht werden. Im Gegenteil: die Stahlhelmgarden des Bürgerblades werden frecher als je ihr blutiges Haupt erheben.

Die gesamte Arbeiterschaft wird an diesem Urteil in verärgertem Maße erkennen, daß die „demokratische Republik“ für sie nichts als eine Verhöhnung darstellt. Kein Klassenbewußter Arbeiter kann einer Partei, einer Bewegung angehören, die diese Parole auf ihre Fahne geschrieben hat.

Dieses Urteil liefert den bündigen Beweis, daß die Nazis, habend dieser Republik weder imstande noch gewillt sind, die Reichsbannerarbeiter vor den faschistischen Mordbanditen zu schützen.

Furchtbares Zuchthausurteil gegen junge Kommunisten

Im hannoverschen Kommunistenprozeß vor dem viersten Straf senat des Reichsgerichts wurde am Sonnabend nach fünfjähriger Verhandlung das Urteil gefällt. Die Angeklagten Bottländer und Thoben wurden wegen Vergehens nach Paragraph 3, Abs. 4 und 5 des Republikverstoßgesetzes, wegen Vergehens nach Paragraphen 5 und 6 des Sprengstoffgesetzes, schweren Landesfriedensbruchs und Aufruhr verurteilt, und zwar Bottländer zu 6 Jahren Zuchthaus und 600 RM Geldstrafe, Thoben zu 5 Jahren Zuchthaus und 500 RM Geldstrafe.

Die Jugendgenossen Bottländer und Thoben haben zum Teil noch schwerere Strafen als der faschistische Mordbube von Arensdorf erhalten, obwohl dieser zwei Arbeiter ermordet und mehrere schwer verletzt hat. Die Jugendgenossen haben keinen Faschisten erschlagen oder auch nur verletzt.

Im Prozeß leistete sich der Staatsanwaltschaftsrat Weinkauff die unerhörtesten antikomunistischen Provokationen. Er beschimpfte die Verteidiger und leistete sich schamloserische Frechheiten gegen die „unreifen Ideen“ des Kommunismus. Er trieb es soweit, daß die Angeklagten jede weitere Aussage bei seiner Unwesenheit verweigerten und die Rechtsanwälte zu einer Protestschrift beim Oberreichsanwalt gezwungen waren. Der Richter-Senat, unter Vorsitz des Reichsgerichtsrats Lorenz, fällte dieses fürchterliche Klassenurteil.

Um nun in ihrem Spiele erfolgreich zu sein, brauchen die kapitalistischen Regierungen der einzelnen Staaten das „Volk“, sie brauchen die Mitarbeit der Reformisten. Die Sozialdemokraten sollen ihre internationalen Verbindungen und Beziehungen zur Förderung der außenpolitischen Pläne „ihrer“ Bourgeoisie ausnützen.

Dies und nichts anderes ist der Zweck der Berliner Konferenz, der plötzlich auf die Gefahren im Nordosten aufmerksam gewordenen sozialistischen Parteien. Sie kommen zusammen, nicht um sich im Namen des Proletariats ihrer Länder zum gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind — den Imperialismus und Kapitalismus — die Hände zu reichen, sondern um sich im Auftrag ihrer „eigenen“ Imperialisten und Kapitalisten gegenseitig zu beschneiteln.

Vom Tage

Gefährlicher Zirkustransport

Fenig. Auf der vereisten Leipziger Straße verunglückten zwei Lokomotivenzüge des Zirkus Sarraiani, die auf dem Wege nach Chemnitz waren. Ein Zug rutschte in den Straßengraben, wobei ein Lichtmast und ein Baum abgebrochen wurden. An der gleichen Stelle fuhr ein anderer Zug des Zirkus beim Ausweichen über den Fußsteig, riß die Steinläden eines Hauses ein und geriet in einen Vorgarten. Um weitere Unfälle zu vermeiden, mußte der ganze Zirkustransport von etwa 40 Tagen die Weiterfahrt einstellen.

Drei Brandstifter festgenommen

Bahen. Am 15. November d. J. entstand beim Gastwirt Sothke in Weissenberg ein großer Brand, der erheblichen Schaden anrichtete. Am Donnerstag wurden Schrade und seine beiden Dienstknechte Turke und Schumann festgenommen und der Staatsanwaltschaft Bahren ausgeliefert. Schrade ist der Brandstifter und des verübten Versicherungsbetruges und seine Knechte sind ebenfalls des Versicherungsbetruges dringend verdächtig.

Die Beute der Brandenburger Mörder gefunden

III. Berlin, 17. Dezember. Wie die BZ am Mittag meldet, haben die beiden Mörder des Brandenburger Brauereibesizers Freytag den Ort angegeben, wo sie eine Tonne mit 15.000 RM vergraben hatten. Unter einer Birke am Silo-Kanal in Brandenburg wurde das Geld ausgegraben.

Nie dagewesene Kälte in Sibirien

III. Kowno, 18. Dez. Aus Jassoff wird furchtbare Kälte gemeldet. Das Thermometer ist auf 42 Grad unter Null gesunken. Krühen, die ihre Nester auf der Suche nach Nahrung verließen, erfröhen während des Fluges und fielen als Eisklumpen auf den Boden. Unter der Bevölkerung sind bereits zahlreiche Opfer der Kälte festgestellt worden.

Große Kälte in Frankreich

Paris, 18. Dezember. Die Temperatur ist im Laufe der Nacht in ganz Frankreich weiter gesunken. In Paris wurden heute morgen über 10 Grad Kälte verzeichnet. Aus der Provinz wurden bis 18 Grad Kälte gemeldet. Auch im Süden Frankreichs herrscht hartes Frostwetter. In Marseille zeigt das Thermometer gestern in den Mittagsstunden 10 Grad unter Null. Es sind bereits mehrere Todesfälle infolge der Kälte zu verzeichnen.

Folgen schwere Kesselexplosion

III. Brüssel, 18. Dez. In einer Fabrik in Vilvoorde bei Brüssel ist gestern ein Dampfessel explodiert. Zwei Arbeiter wurden getötet, vier weitere schwer verletzt.

Schiffszusammenstoß in der Nordsee

III. London, 16. Dez. Der in Leith beheimatete Dampfer „Breslau“ ist auf dem Wege nach Kopenhagen mit einem 400 Tonnen großen schwedischen Dampfer zusammengestoßen. Das schwedische Schiff sank, und die Besatzung wurde von der „Breslau“ aufgenommen. Die „Breslau“ wurde gleichfalls schwer beschädigt, konnte aber noch mit eigener Kraft Leith erreichen.

Wachtung!

Infolge der harten Kälte trat heute eine Störung in der Hierarchie ein. Die Zeitung konnte deswegen erst verspätet erscheinen. Wir erlauben unsere Leser und Ausdräger, zu entschuldigen, wenn sie deswegen heute die Zeitung vermissen.

Neuwahlen in Hamburg, Mecklenburg und Hessen

Staatsgerichtshof erklärt die Wahlen für ungültig

Der Staatsgerichtshof hat die Wahlen in Hamburg, Mecklenburg-Strelitz und Hessen für ungültig erklärt. Die Ungültigkeitserklärung erfolgt auf Grund einer Beschwerde der Aufwertungspartei für Mecklenburg, der Mittelstandspartei für Hamburg und der Nationalsozialistischen Partei für Hessen. Der Staatsgerichtshof hat in der Beschwerde entschieden, daß die Bestimmungen der Wahlgesetze in all diesen Ländern gegen die Reichsverfassung verstoßen.

Auf Grund dieser Entscheidung des Reichsgerichtshofes müssen die Wahlen in den genannten Ländern erneut stattfinden. In allen diesen Ländern bestehen Koalitionsregierungen der SPD mit den bürgerlichen Parteien. In Hamburg regiert der Senat der Großen Koalition, der noch auf Grund des früheren Wahlergebnisses gebildet wurde. Die Hamburger SPD-Führer haben diesen Senat bisher weiter regieren lassen und haben erst in diesen Tagen, wie wir berichteten, einen neuen Vork mit den bürgerlichen Parteien zur Fortsetzung der Großen Koalition geschlossen. Die Arbeiterschaft wird nun in diesen Ländern mit der Koalitionspolitik der SPD abrechnen müssen!

Nach den Herren die Knechte

Nordostkonferenz der 2. Internationale

Am 18. und 19. Dezember tagt in Berlin eine Nordostkonferenz der 2. Internationale. Vertreter der sozialistischen Parteien Deutschlands, Polens, Litauens, Danzigs, Letlands, Estlands und Finnlands, sowie Vertreter der Exekutive der 2. Internationale nehmen an ihr teil. Die Konferenz soll sich mit der verhängnisvollen Lage im Nordosten Europas beschäftigen.

Wichtigste: als die Frage Krieg oder Frieden auf des Meisters Schneide stand, als Bilibidoff — nach seinen eigenen Worten — „mit sich rang“, ob er gegen Litauen mobilisieren solle, waren alle diese Parteien, die jetzt im Interesse des europäischen Friedens in Berlin zusammenkommen sollen, müssig. Mehr noch: jede von ihnen war nach bestem Wissen und Gewissen bemüht, die Wachsamkeit des Proletariats der Kriegsgefahr gegenüber einzuschärfen. Der Warnungsruf der Sowjetunion wurde ins Lächerliche gezogen. Die WPS (Polnische Sozialistische Partei) „taunte“, gemeinsam mit sämtlichen bürgerlichen Parteien Polens über diesen „unbegreiflichen Alarm“. Der Führer der litauischen Sozialdemokraten, Bleich Raitis, gab Versicherungen ab über die Harmlosigkeit der Beziehungen zwischen litauischen Emigranten und polnischer Regierung.

Und der Vorwärts bewies schwarz auf weiß, daß es für Bilibidoff keinen Sinn und Zweck habe, Litauen anzugreifen. Nun wird aber doch von der 2. Internationale das Bestehen der Kriegsgefahr im Nordosten Europas zugegeben, ja, eine besondere Konferenz soll sich mit der Frage der Überwindung dieser Gefahren beschäftigen. Was ist denn geschehen?

Die Antwort ist einfach: Der Biltund hat gesagt — jezt darf auch eine „sozialistische“ Konferenz tagen. Die Herren haben ihr Wort gehalten, haben ihren Beschluß gefaßt, jezt werden die Diener gerufen, um an der Durchführung zu arbeiten. Der Genfer Beschluß ist weit entfernt davon, eine endgültige Lösung im polnisch-litauischen Konflikt zu bringen. Er entscheidet nicht über die zwischen den beiden Staaten schwebenden Streitfragen. Er schweigt über Litua. Er stellt nur fest: Der Kriegszustand zwischen zwei Mitgliedern des Völkerbundes ist unvermeidbar mit dem Geiste und dem Buchstaben des Vorgesetzten, an den Litauen und Polen gebunden sind. Damit wird Litauen die Waffe aus der Hand geschlagen, die es gegen Polen in Aufrechterhaltung des „Kriegszustandes“ der wirtschaftlichen und politischen Abwertung hatte, und es wird der Boden geschaffen, auf dem das „friedliche Fehdehandeln“ zwischen den uninteressierten Staaten vor sich gehen kann. Die interessierten Staaten — das sind nicht nur Litauen und Polen, nicht nur die kleinen Staaten des Ostens, wie Letland, Estland, Litauen. Es sind dies vor allem die Großmächte — England, Frankreich, Deutschland, die jezt um Litauen herum ihr Spiel spielen werden, und zwar ein sehr wichtiges und kompliziertes Spiel, bei dem es England um den Ausbau der Antikomintern, Frankreich um die Stärkung seines Einflusses im Osten, Deutschland um einen neuen Vorstoß zur Wiedererlangung seiner Weltmachtstellung gehen wird. Wir wollen hier nur auf ein Problem hinweisen: es wird bereits davon gesprochen, daß, falls es Polen gelingen sollte, durch Schaffung eines Archaischen Nemes einen weiten Ausweg zum wieder stellen wird.

Der Kampf um die Milchversorgung Dresdens
Großagrarische Angriffe auf die Gesundheit der Säuglinge

In allen Bahnhöfen prangen Plakate mit der Aufforderung:
Trinkt Milch!

Dieserjenige aber, die diese Reklame anbringen, sagen den
breiten Massen der Verdächtigen nicht, woher sie das Geld für die
Milch nehmen sollen. Im Gegenteil, die Milchproduzenten füh-
ren jetzt einen außerordentlich scharfen Kampf um
das Monopol der Milchversorgung der Stadt Dresden.

Die Hauptakteure bei der Schaffung des Milchmonopols sind
der Landbund und die Dresdner Großmolkereien.

Die Stadtverordneten haben beschlossen, einen Milchhof zu
errichten zur Versorgung der Stadt Dresden. Der Milchhof soll
ein gemischtwirtschaftlicher Betrieb sein. Dieser Beschluß hat die
profitierenden Großgrundbesitzer und Großmolkereien auf die
Beine gebracht. In einer Versammlung am Dienstag den 18. De-
zember, 14 Uhr, fanden sich die Interessenten im Vereinshaus
ein. Die Vorbereitung zu dieser Versammlung wurde recht ge-
heimnisvoll getroffen. Das große Wort führte Gutsbesitzer
Hörig, Hintergersdorf. Er erklärte: alle Beteiligten haben
eine Interessengemeinschaft geschaffen. Genannt wurden: die
Drema, Gebr. Pfund, der Milchproduzentenverein, Milchhändler-
verband und der Landesverband Sächsischer Privatmolkereien.
Wie stark sich die Herrschaften fühlen, geht daraus hervor, daß
der Rat mit den Vertretern dieser Interessengemeinschaft ver-
handeln wollte, von ihnen wurde jedoch eine Verhandlung ab-
gelehnt, wie Herr Hörig erklärte. Nunmehr haben diese ge-
nannten Interessenten eine „Milchversorgungsgenossenschaft
Ost und Mittelsachsen G. m. b. H. mit dem Sitz in Dresden“
gegründet. Zweck dieser GmbH soll sein:

- 1. sich der Milchkontrolle durch die Stadt Dresden zu wider-
setzen;
2. den schärfsten Widerstand gegen Herabsetzung der Milch-
preise zu organisieren.

Sämtliche Interessenten wurden von dem Gutsbesitzer Hörig
aufgefordert, der neuen Gesellschaft beizutreten. Gegenwärtige
Details über die Satzungen wurden nicht veröffentlicht. Der
Sekretär des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften, Dr.
Reichmann, lehnte kategorisch ein schriftliches Verlesen der
Satzungen ab, er gab lediglich bekannt, daß der Geschäftsanteil
pro Milchkuh 10 Mark und die Haftung auf 100 Mark festgesetzt
sei. Daß diese GmbH rein großkapitalistisches Interesse dient,
die sich selbst über die Interessen der kleinen Produzenten hin-
wegsetzt, geht daraus hervor, daß bei der Aufforderung zur Unter-
schrift besonders hervorgehoben wurde:

den meisten Einfluß hat derjenige, der über das größte
Kapital verfügt.

Anschließend fand sofort die erste Generalversammlung statt.
Herr Hörig wurde 1. Vorsitzender. Diese Versammlung und ihr
Verlauf müssen ein Warnungssignal für die breiten
Massen der Milchkonsumenten sein.

Was sind die Hauptforderungen der wertvollen Bevölke-
rung? 1. bakterienfreie Milch, 2. billige Milch.

Zu der ersten Forderung ist zu sagen: Es ist erwiesen, daß
insbesondere bei den Großgrundbesitzern und den Herdbuch-Tier-
haltern die größte Gefahr die starke Tuberkulose der aufgetrie-
benen und dadurch geschwächten Milchkuhe ist. Die Tuberkulose-
gefahr ist bedeutend größer als bei den kleinen Milchproduzenten.
Der Kampf gegen die öffentliche Kontrolle ist ein direktes
Verbrechen. Es ist eine alte Erfahrung, daß den Kapitalisten
der Profit das höchste ist, ob er nun aus der Produktion von
Lebensmitteln oder Gift herausgeholt wird, heißt sich gleich.
Die Großgrundbesitzer, die ihre Profitgier mit schelmigen Reden
zu verschleiern versuchen, beweisen hier, daß sie selbst auf die
Gefahr hin, die Säuglinge einer ganzen Stadt mit Tuberkulose
zu gefährden, den Kampf gegen die Kontrolle führen wollen.

Die Kleinbauernschaft ist mobilisiert worden mit dem
„Schreckgespenst“ der Kommunalisierung. Die Satzungen, soweit
sie in ihrer Tendenz veröffentlicht wurden, beweisen aber ganz
klar,

daß die Großgrundbesitzer und Großmolkereien die
Milchproduzenten und kleinen Milchhändler lediglich als
Waffe für ihre Interessen um den Monopolprofit aus der
Milchversorgung mißbrauchen wollen.

Die Großgrundbesitzer, die Führer der Deutschnationalen
Partei, verschweigen wohlweislich, daß die riesigen Steuerlasten,
die Last der Rentenbank-Umlage, die Mietsteuer, die Futter-
mittelzölle, die Grund- und Gewerbesteuer, die hohen Zinsen für
Bankkredite von den Deutschnationalen mit geschaffen wurden.
Weiterhin wurde nicht erwähnt, daß die Herdbuch-Gesellschaften,
die Treiber zu dem Kinderzuchtgesetz und den daraus für die
Bauern entstehenden Lasten sind. Die kleinen Milchproduzenten
werden selbst dann, wenn das Monopol der Milchversorgung
unter der Führung der Großgrundbesitzer errichtet würde, durch
die Erhöhung der Milchpreise niemals die gewaltigen, ihnen von
den Deutschnationalen und Landbundführern im Verein mit den
anderen bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie auf-
gebürdeten Lasten ausgleichen können. Auch hier werden die
kleinen Milchproduzenten wiederum nur betrogen, von ihren
eigenen „Führern“ hinter List geführt und nach allen Regeln
der Kunst geködert.

Den Hauptprofit werden die einflußreichsten Besitzer
großer Kapitalien aus diesem Milchmonopol für sich
einstecken.

Was ist notwendig? Die Arbeitervertreter im
Dresdner Stadtverordnetenkollegium haben den schärfsten Kampf
gegen die großagrarischen Profitläger und ihre Freunde aus
dem Milchhandel zu führen. Aus jedem Betrieb, aus jedem
Bureau muß die Forderung an die Verwaltung der Stadt Dres-
den, erhoben werden, mit allen Mitteln den Kampf gegen
das gewaltige Verbrechen zu führen. Ein Herr von Lüttichau,
der in der Versammlung ganz besonders Aufklärung über den Ein-
fluß der Großgrundbesitzer forderte, hat gezeigt, daß es nur
darauf ankommt, aus dem geplanten Milchmonopol ungeheure
Summen für die Agrarier herauszuschlagen, wenn dabei auch
Tausende von Säuglingen der Arbeiter, Angestellten und Be-
amten zugrunde gehen. Der Junkismus der Bourgeoisie wird
den breiten Massen täglich vor Augen geführt. Wenn es der
Profit erheißt, können ruhig Tausende, ja Millionen zugrunde
gehen. Das lehrt uns der imperialistische Krieg, aber auch der
kapitalistische „Friede“.

Die Kleinproduzenten, die kleinen Bauern und Häuser
müssen von jedem Arbeiter darüber aufgeklärt werden,
daß durch die Errichtung eines lächerlichen Milchhofes ihre Exi-
stenz nicht gefährdet wird. Durch die Ausschaltung des Zwischen-
handels ist es möglich, die Einnahmen des Kleinproduzenten zu
erhalten. Er soll sich jedoch durch die Hand der Landbund-

fürer, selbst wenn sie in die handschriftlichen Redewendungen ge-
steckt sind, nicht irreführen lassen und gemeinschaftlich mit der
Arbeiterklasse den Kampf aufnehmen gegen die Steuertrüber,
die die Existenz des kleinen Bauern gefährden: Gegen die Zoll-
wucherer, die ihm seine Futtermittel in die Höhe treiben, gegen
die Industriemagnaten, die durch Industriezölle und Monopol-
preise die für den Landwirt notwendigen Industrieprodukte im
Preise herausstreifen.

Ein Verbrechen würde es sein, wenn die Werftigen Dres-
dens dem Rat es überlassen würden, mit der neugegründeten
GmbH zu fuhndeln, um unter allen Umständen den Profit
der Milch-Großproduzenten und Großmolkereien sicherzustellen.
Wenn man den Kampf führt gegen die Säuglingssterblichkeit, so
ist ein erstes Erfordernis, den breiten Massen die Möglichkeit zu
geben, Milch zu erschwinglichem Preise zu beschaffen, darüber
hinaus aber eine öffentliche Kontrolle über die Beschaffenheit
der Milch.

Die Stadtverordnetenfraktion der KPD wird im städtischen
Kollegium alles daransetzen, die breiten Massen vor der ge-
planten neuen Ausbeutung zu bewahren. Sie ist dazu nur in der
Lage, wenn die proletarischen Männer und Frauen bereit sind,
die kommunistische Fraktion in ihrem Kampfe bis zur
letzten Konsequenz zu führen.

Die dritte Solidaritätsveranstaltung der JWS findet morgen
19.30 Uhr im Künstlerhaus, Gruner Straße, statt. Mitwirkende:
Genossin Trude Strzemeck u. a.

Einen roten Theaterabend veranstaltet die rote Jung-
front, Abt. 3, am 16. Dezember im Hammer Hotel. Zur Auf-
führung gelangte „Der Todspiegel“. Der Inhalt des Stückes:
Ein bevorstehender Streik wirft seine Schatten in alle Gemüter.
Die Organisatoren werden bei einer Sitzung von einem ihrer
Genossen (einem Todspiegel) an die Polizei verraten. Einige ent-
kommen und suchen den Verräter festzuhalten — der sich auch
jetzt wieder unter ihnen befindet — den Verdacht aber auf einen
anderen Genossen abzulenkten versucht. Dieser schleicht sich auch
in die Geheimpolizei ein, wird Polizeigenant und entlarvt schließ-
lich den wirklichen Verräter, der gerichtet wird. — Der aus-
führende Verein „Weltall“ (Mitglied des Verbandes für Volks-
spielkunst) brachte den Inhalt des Stückes den Anmeldeorten nahe.
Der Erfolg war jedoch — durch die ungenügende Darstellung
einzeln Charaktere — etwas in Frage gestellt. Anerkennen muß
man jedoch, daß sich alle Spieler die größte Mühe gaben, wenn
es auch eben infolge unglücklicher Rollenbelegung nicht leicht
war, die Charaktere so zu zeichnen, wie es im Interesse der Auf-
führung und ihrer Wirkung zu wünschen war. Die lebende
Szene am Schluß erinnerte stark an die „Blauen Blauen“, der
Eindruck wurde aber durch einen Monolog gemindert, der un-
nötig war. Die Strickelner KJB-Kapelle erteilte reichen und
verdienten Beifall für ihre gut gespielten Märsche. ... etc.

Küßle für Dresdner Kinder. Die zur Erholung untergebracht-
ten Kinder kehren zurück: am 20. Dezember um 13.11 Uhr von
Mittelsachsen und am 22. Dezember um 23.50 Uhr aus Hennegau.
Die Angehörigen werden ersucht, die Kinder zu den genannten
Zeiten auf dem Dresdner Hauptbahnhof abzuholen.

Joe. Da der kleine Buschi in den letzten Monaten verhält-
nismäßig wenig zugenommen hat (täglich nur 4 bis 5 Gramm),
wurde mit der Verabreichung von Jutof begonnen. Der kleine
Kerl erhält seit 14 Tagen täglich Zwieback und Banane, beides
vorgewaschen und eingepulvert. Er schnappt mit seinem kleinen
Mäulchen sehr nützlich nach den mit den Lippen gezackten
Bissen, und die Gewichtszunahme hat sich selbstem etwa verdrei-
facht, so daß die Vermutung, die Nährkräfte der Mutter reichen
anderweit beträchtlich in Anspruch genommen werden, an Wahr-
scheinlichkeit gewinnt.

Unsere Regierung wahrt die Belange des Volkes

2x12, nicht 1-24

Wir haben doch eine volkstümliche Regierung. Sie
lehnt es ab, das Volk zu bevormunden. Zwar wird sie oft
mißverstanden und bössartige Leute, wie z. B. die Kommun-
isten, mißdeuten ihre guten Absichten prinzipiell und ha-
ben dabei schließlich Erfolg gehabt. Zum Beispiel bei der
Mietfrage, wo die Regierung lediglich um das Volk nicht
zu bevormunden, den alten Zustand der schrankenlosen Aus-
beutung der Mieter durch die Hausbesitzer wiederherzu-
stellen bemüht ist — aber natürlich hat auch dies nur seinen
erzieherischen Grund, die Regierung will das Volk zur
Selbsthilfe zwingen und läßt deshalb die drückendsten alten
Zustände wieder einführen. ... ein recht zweifelhafte
Erziehungssystem, aber immerhin zeugt es von einem päd-
agogischen Prinzip. Von Verständnis fürs
„niedere Volk“ allerdings nicht, aber dazu hat man schließ-
lich keine Regierung, in der Herr Krug von Nidda pfeift
und Herr Feldt tanzt.

Also, das war wieder einmal eine echt kommunistische
Gefäßigkeit, die hier recht deplaciert ist, denn gerade jetzt
wollen wir von einem Fall hervorragender Rücksichtnahme
der Regierung auf die Mentalität der Bevölkerung berich-
ten. Es handelt sich nämlich
um die neue Zeiteinteilung.

Aus Gründen der Internationalisierung des Verkehrs
haben Reichsbahn und Post die 24-Stunden-Zeit eingeführt.
Gewiß ist das un bequem und das Beharrungsprinzip im
Menschen, insbesondere beim „gemüthlichen Sachsen“, wider-
steht sich denn auch der Neuerungsführung. Die sächsische Re-
gierung aber, die alle speicherhaften, saulen und klauen Re-
gierungen in Herz und Hirn ihrer „Staatsbürger“ sorgfältig
hütet und pflügt, benutzte sofort die Gelegenheit, um ihre
Vollstreundlichkeit zu demonstrieren.

Die sächsische Regierung lehnte deshalb die Ein-
führung der neuen Zeiteinteilung ab!

Sie tut sogar noch mehr. Eine ganze Pressekampagne wird
geführt, um dem aufhorchenden Staatsbürger die frohe
Weihnachtsbotschaft klarzumachen: Die Regierung
schlägt vor allen un bequemem Neuerung-
gen, wie Kufrol vor Hühneraugen. ... Die Regierung
verleitet Artikel an die Presse, weist zur Begründung ihrer
Einstellungnahme darauf hin, daß nicht nur in Sachsen und
Deutschland, sondern auch in anderen Ländern der alte
Sachsenbräutchen geliebt und gepflegt wird und begünstigt damit
recht intelligent ihre eigene Abkehrung. Geradum müßig

Die Straßenbahner wachen auf

Für Mittwoch, den 14. Dezember, hatte die Stadtverordne-
tenfraktion der KPD Dresden die Straßenbahner aufgerufen,
in einer Versammlung in den Innenböden zu erscheinen. Die
kommunistischen Stadtverordneten wollten Bericht geben über
das, was sie in letzter Zeit über Straßenbahnerverhältnisse im
Kollegium und im Rat behandelt hatten. Es ist bekannt, daß
die Arbeitsverhältnisse bei den Straßenbahnerinnen unerträglich ge-
worden waren und noch unerträglich sind. Sie zogen eines
Abends nach einer gut besuchten Versammlung demonstrierend
nach dem Rathaus und verlangten Beseitigung der Mißstände,
vor allem aber Einführung des Achtstundentages. Nun liegt
uns als Kommunisten ob, für das, was wir tun, Rechenschaft
abzugeben, nicht also nur Versammlungen bei Wahlen einzube-
rufen, und Versprechungen zu machen, um die Wählermassen zu
lockern. Dies war natürlich der SPD nicht angenehm, wenigstens
schleichen wir das daraus, daß eine in gehässigem Tone verfaßte
Notiz in der Dresdner Volkszeitung am Dienstag, dem 13. De-
zember, zum Nichtbesuche dieser Versammlung aufforderte. Die
Straßenbahner haben sich davon nicht beirren lassen, sondern
durch den guten Besuch dieser Versammlung der SPD die nötige
Antwort gegeben. Bezeichnend dabei ist folgendes, was auch
durch etliche Redner in der Diskussion zum Ausdruck gebracht
wurde: Während man von Seiten der SPD vor dem Besuch
unserer Versammlung warnte, hatte man vor Versammlungen
der Deutschnationalen, die früher kaffgegraben haben, keine
Notiz genommen, während man in diesem Falle sogar noch mit
persönlichen Berührungspunkten von Mitgliedern der SPD-Frak-
tion sorging.

Die Versammlung wurde vom Stadinerordneten Wagner
eröffnet. Hierauf ergriff Stadtrat Gruner das Wort zum
Referat. Zunächst ging er auf die Verhältnisse der Straßenbahner
in der Vorkriegszeit ein. Arbeitszeit von 10stündiger Dauer
war damals keine Seltenheit. Die Dienstvorschriften waren ganz
an das alte militärische System angelehnt, wie auch die Durch-
führung derselben von einem in diesem Geiste aufbauten Ver-
waltungs-Apparat durchgeführt wurde. Den zahlreich erschienenen
älteren Kollegen werden ganz besonders die Ausführungen über
unsere Einstellung zum Beamtentum überaus interessant ge-
wesen sein. Die zum Teil vorhandene Ansicht unter den Beamten,
daß die kommunistische Partei dem Beamtentum feindlich
gegenüberstehe, wußte der Redner vollkommen zu zerstückeln
und bewies, daß gerade die kommunistische Partei es ist, die
für bessere Besoldung, natürlich nur der unteren und mittleren
Beamtens, sich jederzeit eingesetzt hat. Wir lehnen aber den re-
aktionären Standpunkt ab, daß der Beamte da sein soll,
als Stütze des Staates, der Arbeiterschaft als Streikbrecher in
den Räder zu fallen.

Der Redner ging dann dazu über, die jetzigen Nationali-
sierungspläne der Diktation zu beleuchten. Er streifte Fahrzeit-
verkürzungen und die Neueinführung des Affordsystems. Eben-
so nahm er das Beschwerdewesen und unsere alten Dienstvor-
schriften gehörig unter die Lupe. Er zeigte aber auch den Aus-
weg aus dieser Lage und die Vorschläge der kommunistischen
Partei.

Das Referat wurde äußerst beifällig aufgenommen und in
der Diskussion kam zum Ausdruck, daß bei besonderen Anlässen
durch die partei bzw. Stadtverordnetenfraktion derartige Ver-
sammlungen wiederholt werden sollen. Es muß also Aufgabe
der Straßenbahner sein, in kühniger Fühling mit der kommuni-
stischen Stadtverordnetenfraktion zu bleiben. Die Vorteile
werden bei den Straßenbahner sein.

Biel Arbeit liegt noch vor uns. Die Verhältnisse in unserem
Betriebe sind noch lange nicht so, wie sie sich das Personal
wünscht. Sie können aber nur geändert werden, wenn die Stra-
ßenbahner dafür wirklich kämpfen. Wir Kommunisten sind bereit,
diesem Kampf mit allen Mitteln zu unterstützen:

- für menschenwürdige Arbeitsleistung!
für den Achtstundentag!
für bessere Bezahlung und menschenwürdige Behand-
lung!

Der Verlauf der Versammlung hatte zweifellos bewiesen,
daß die Kommunisten auch hier auf dem richtigen Wege sind.
Das widerliche Geschimpfe der Sozialdemokraten wird hieran
nichts ändern.

Ist die lebenswürdige Rücksicht auf das Bewußtsein der Be-
völkerung. Wörtlich heißt es in der regierungsoffiziösen
Auslassung:

„Seute jedenfalls hat sich die 24-Stunden-Zählung
noch nicht in dem Bewußtsein der Bevölkerung derartig
festgesetzt, daß man sofort, ohne das Subtraktionsexempel
mit der 12 zu machen, weiß, welche Zeit mit der Bezeich-
nung 13-24 gemeint ist. Es ist möglich, daß sich diese
Stundenbezeichnungen so einbürgern, daß sie die Bevölke-
rung gebraucht, ohne weiter Überlegungen anstellen zu
müssen. Dann wird die Zeit gekommen sein, sie auch für
den bürgerlichen Verkehr einzuführen. Jetzt besteht jeden-
falls kein zwingender Anlaß, die Bevölkerung an der An-
wendung der ihr seit Jahrhunderten geläufigen
Stundenbezeichnung zu hindern, und eine Regie-
rung läßt nur Flug eine lächerliche Zurück-
haltung, wenn sie nicht ohne Not in
vertraute Gewohnheiten der Bevölke-
rung eingreift. Gerade die Stimmen, die sich gegen
den Beschluß der sächsischen Regierung wenden, können sich
ja in anderen Fällen nicht laut genug über die Bevormundung
der Bevölkerung durch die Regierung beklagen.
Jetzt, wo die Regierung sich von einer unnötigen Bevormundung
fernhält, ist es auch nicht recht.“

Arme Regierung, oft mißverstanden und beschimpft,
auch jetzt erntest du Un dank, wo deine lebenswürdige Rück-
sichtnahme, deine (wie du dich selbst labst!) lächerliche Zu-
rückhaltung den vertrauten Sachsenbräutchen der Bevölkerung
zeitweilig ... Nein, tröste dich, Un dank ist der Welt
Lohn. Spätere Geschlechter werden dir ein Ruhmesblatt
in der Geschichte derer zuweilen, die alles Alte, Vertraute
— Reaktionäre, Faulen und Morche mit liebevoller Rück-
sicht umgaben und nur dann „in der Not“ zu recht „mo-
dernen“ Maßnahmen schritten, wenn es das Interesse der
Völkerjüde, Wörtenjobber und Pfaffen verlangte. Denn
„immer“ nimmt die Regierung nicht Stellung gegen den
„Fortschritt“, wenn ihn die Bevölkerung nicht weicht —
z. B. wenn unsere sächsische Polizei mit neuestem Drill ver-
sehen, die modernsten Waffen und die „vollkommenste“ Aus-
rüstung für den Bürgerkrieg erhält. Das aber, daran kann
nur ein böswilliger Kommunist zweifeln, liegt dann wieder
nötig im „Interesse der breiten Masse der Bevölkerung“
und deren „Belange“ zu wahren, führt sich die Regierung
hies berufen. Was ihre Verabredung der 24-Stunden-Zeit
jedem „Einflüßler“ zur Genüge bemerkt.

Bevor die Weihnachtsglocken läuten...

Benützen Sie die großen Preisvorteile, die Ihnen mein Weihnachtsverkauf bietet!

Ecke Obermarkt F. R. Töbsch, Pirna Ecke Obermarkt
 Sonntag von 11 bis 6 Uhr geöffnet!

H Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Ostsachsen H

BANNEWITZ	NEUSALZA-SPREMBERG	GRAND-ERBSDORF	HIRSCHFELDE	LOBAU
Dau-Riemerei / Inflation Dau- und Rührergeräte Oskar Weltermann, Riemereimeister Joh. Thode wirts. Zehermann, Hauptstr. 37 60308	Fleisch- u. Wurstwaren empfiehlt in bester Güte. Georg Krahl, Hermann-Otto-Str. 4 60328	Porzellan, Haus- und Küchengeräte Möbeltagar, Th. Richter, Hauptstraße 174 60341	Drogerie Georg Hille Drogen, Farben, Verbandstoffe, Fotoartikel / Zittauer Straße 225 60351	FRITZ GRAMBACH, Bäckerei Zittauer Straße 22 60310
Wo kaufen Sie billig Möbel? Hauptstraße 31 60338	H. Scheffler, Inh.: B. Wille, Rosenstr. 12 Einkauf von eleganten Art- u. Leinwand- und Wollwaren 60359	ZITTAU Schweizer Bazar Baumwoll- und Wollwaren Bettfedern, Weberstraße 16 60347	Schnitt-, Weiß- und Wollwaren Auguste Fournier, Löbauer Straße 149 60352	WOLDEMAR STRUBE Photograph, Poststraße 6 60320
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei Paul Gündel, Hauptstr. 24 60340	Adolf Rilscher, Obermarkt 19 Brot- und Weißbäckerei 60360	Speisehaus „Zum Hackepeter“ Wiener Café, Markt 8 60343	Gattler und Polsterwaren Max Döhndel, Zittauer Straße 213 60353	A. Heirichler, Zittauer Straße 4 Arbeitsbekleidung, Proseurgeschäft 60321
Hermann Egemann Materialwarengeschäft, Hauptstraße 3 60341	Arno Hahndorf, Obermarkt 7 / Uhren, Gold- u. Silberwaren / Optische Waren / Photographische Artikel / Sprachmaschinen / Schallplatten 60362	Gustav Nerlich Preiswerte Herren- u. Knaben- Bekleidung / Rathausplatz 2 60349	Haus- und Küchengeräte Wilfried Krons, Klempner, Hauptstr. 14 60354	Josef Postler, Marktstraße Neustädter Marktstraße, Gürtel 60322
Fleischer Franz Dehert Hauptstraße 68 60363	Adolf Ziesche, Zittauer Straße 15 Schneid- und Wollwaren 60363	Fahrräder / Nähmaschinen / Gramophone Teilzahlung gestattet Frenker, Stephansstraße 4 60340	Herren- und Damen-Griffel-Salon Willy Steiner, Marktstraße 43 60355	M. Farsch, Manufakturwaren Hauptstraße 3 60323
Oskar Troß Ebenmittel u. Kolonialwaren, Hauptstr. 23 60323	Fleischer und Gastwirtschaft Otto Wäsche, Rosenstraße 4 60365	Ober- u. Niederriedersdorf Kretscham, Niederriedersdorf Bruno Kindermann, Nr. 42 60313	Uhren, Goldwaren, Geschenkartikel Eigene Reparaturwerkstatt Richard Brendler, Zittauer Straße 60354	Fritz Hornich, Friseurgeschäft Innere Bautzener Straße 1 60314
Emil Schramm Ebenmittel u. Spielzeug, Hauptstraße 67 60324	Karl Symank Fahrräder und Nähmaschinen 60358	Reinh. Roscher, Niederriedersdorf Nr. 101, Kolonial-, Glas-, Porzellanwaren, Farben 60314	Hüte, Pelzwaren, Mützen PAUL GOLDBERG, Götzler Straße 40 60357	Chemnitz Strumpf- u. Wollwaren GERHARD LOHS Außere Zittauer Straße 10 60355
G. H. Meier, Kolonialwaren, Drogen, Kabare, Baumaterialien, Belagete Hauptstraße 33 60305	Arthur Keitzscher, Bäckerei, Konditorei und Weinstube / Bautzener Straße 153 60332	Alfred Thomas, Niederriedersdorf empfehlen seine preis- werten Fleisch- und Wurstwaren 60317	Gasthof „Zum Hirsch“ mit Fleischer, am Markt 60358	Karl Eisner Konfektionshaus Nicolaisstraße 8 / Fernspr. 2346 60316
Rud. Gnaud Ebenmittel und Kolonialwaren, Hauptstr. 3 60304	Carl Steudtner Rind- und Schweinefleischerei Zittauer Straße 221 60359	Karl Wolf, Friseur Jägerhaus, empfiehlt sich der Arbeiterschaft 60311	Johannes Renjich Spirituosen, Weine, Liqueure 60359	ELIESE, FLEISCHEREI Außere Zittauer Straße 14 60327
Bäcker Willy Eulenberger Dorfstraße 4 60307	W. M. Runzel Hermann-Otto-Str. 15 Kolonialwaren, Werk- zeuge, Haus- und Küchengeräte 60320	TAUBENHEIM Hermann Richter Feine Fleisch- und Wurstwaren (Leber, Würstchen) Taubenheim Nr. 124 60321	NEUGERSDORF Holz, Kohlen, Koks Briketts, Baumaterial Oskar Wünsche, Nordstr. 5 60304	Emil Flebiger, Bau- und Möbelschleifer Außere Zittauer Straße 11 60328
Restaurant „Amelgrund“ Kanal der organisierten Arbeiter Amelgrund Nr. 14 60308	SEIFENHENDORF Fleisch- und Wurstwaren empfehlen RICHARD FRANZE, Nr. 193 60313	Max Hauptmann, Taubenheim Nr. 7 Drogen und Kolonialwaren 60322	„Röblers Saal“, Georgwalder Straße 33, empfiehlt der organisierten Arbeiter- schaft seine Lokalitäten 60307	S. verw. Trenkler, Rittergasse 6 Manufakturwaren, Reize, Porzellan 60329
Graß Straube, Bergstr. 14, Herren- u. Damen- garderobe, Ankleiden, Modes- u. Textilwaren 60309	Fleisch- und Wurstwaren empfehlen Fritz Franze, Hamburger Str. 177 60312	Guido Mäder Brot-, Weiß- und Feinbäckerei 60323	Feinstes Teeloch und Leinwand sowie garantiert echter Bienenhonig, u. Wagner, Goethestraße 8 60308	Reinh. Wünsche, Außere Zittauer Str. 3 Fahrräder u. Nähmaschinen, Ersatzteile, Reparatur 60310
Emil Müller, Malermeister Zimmer- und Dekorationsmalerei Spezialgeschäft für Gardin, Läden, Plafond ufm. 60318	Hermann Stoffe, Nr. 146 Schuhmacher und Schuhhändler 60314	GROSSPOSTWITZ Lebensmittel, Tabake, Zigarren, Zigaretten Carl Pönisch 60304	Bierhalle „Stadt Zittau“, Georgwalder Straße 2, empfiehlt der Arbeiterschaft seine Lokalitäten 60309	Karl Röbler, Neumarkt 1 Stickerien, Gardinen, Wäsche 60313
Richard Koch, Friseurgeschäft K Hauptstraße 15 60304	KURT DIESSNER, Hauptstraße 511 Schallwaren und Damenkosmetik 60314	Rob. Korack Schuhmacherstr. 60309	C. Ju. Röhlitz, Blumenstr. 1, gr. Spezialhaus für Herren- u. Kinderbekleid. Mod. Stoffe, Asterling, u. Maß. Allerbilligste Preise. 60310	Linda Koban, Lebensmittel Hauptstraße 8 60328
Restaurant Schloßberg Zertifiziertes des RSD / Schloßberg 6 60308	Oskar Just Nachf. Inh.: H. Ehm Hilfswaren / Werkzeuge / Haus- und Küchengeräte / Nr. 603 60317	Erich Hauffe Brot- und Feinbäckerei 60301	Adolf Schuster, Albertstraße 32 Spezialhaus für Herren-, Damen- u. Kinder- bekleidung. Anfertigung nach Maß. Größte moderne, stofflager, denkbar billige Preise 60311	Reichelt's Tabakwaren Zittauer Straße 7 60307
Schuhwaren, Reparaturwerkstatt Ego Steinf, Rajens M. H. IV. 60314	Möbelzentrale Nähmaschinen / Fahrräder Musikwaren O. RUDOLPH, Nr. 550 60314	Rob. Korack Schuhmacherstr. 60309	Molkereiprodukte Martin Polnik, Maria-Luther-Straße 21 60319	Oliva's Schuhwaren Bautzener Straße, Ecke Spurgasse 1 60307
Kolonialwaren, Mollereiprodukte Fleisch- und Wurstwaren H. Thomshöfe / Rajens 60305	Bernhard Böber, Seifen-, Haus- und Küchengeräte in bester Qualität Leutersdorfer Straße 704 60320	Rob. Korack Schuhmacherstr. 60309	Walter Liebscher, Hauptstraße 32b Fahrradhandlung u. Repar.-Werkstätte 60307	OPPACH ADOLF VÖLKELE, Neuer Bach Kolonialwaren / Zigarren / Tabak 60307
Zigarrenhaus Synagoge Weißstraße 8 Große Auswahl in Daugere-Pfeifen 60308	BAUTZEN Neue u. gebrauchte Möbel / Polster- waren / Herren- u. Damenbekleidung Schuhwaren / F. Wenzel, Lützenstraße 11 798 14	Max Weigel Bäckerei u. Café Kamenzer Str. 11 60302	Otto Böhme, Hauptstraße 23 Kolonialwaren - Destillation 60308	Erwin Schwär, Nr. 115 Textil-, Strumpf- u. Wollwaren Arbeitsbekleidung 60324
Trinkt Bier der Kamenzer Brauerei 60307	Walter u. Alfred Böber, Kornmarkt 16 Zakat, Zigarren, Zigaretten, Cigarrenwaren 60309	O. R. Schulz, Kirchgasse 2 Fahrräder, Nähmaschinen 60304	Griedrich Kolbe, Schuhwaren Hauptstraße 23 60314	Willy Dierckner, Ebenmittel und Ordnungs-, Neu-Opfach 32 60325
		Keiner Brandt, Bahnhofstraße 10 Bäckerei und Café 60308	Johanna Apeltz, H. Kuper, Hauptstraße 10 Konditorei, Bäckerei 60311	Stich- und Delikatessenhandlung Wolff-Str. 10, Hauptstr. 10 60309
			Johann Grohme, Schulstraße 902 Schuhwaren und Reparaturen 60315	Paul Flebiger Kolonial- und Tabakwaren Nr. 34 60307
				Adolf Hantusch Feine Fleisch- u. Wurstwaren 60308

rote Weihnachten! 3. Solidaritäts-Veranstaltung der Internat. Arbeiter-Hilfe morgen
 Mitwirkende: Gertrud Strzelewiec * * * * 1930 Uhr im Günstigenhaus

Streik am 1. Januar gegen und trotz Verbindlichkeitserklärung

Wie auch die Antwort der Schwerindustriellen und Arbeitervereine zum Düsseldorf-Schiedsspruch zu dem am 19. Dezember, 18 Uhr ablaufenden Erklärungsfrist vor dem Schlichter ausfallen wird, kann man schon jetzt auf Grund der vorliegenden bürgerlichen Pressekommentare zum Ergebnis der Düsseldorf-Verhandlungen annehmen.

„Dah der Spruch des Schlichters von Arbeitgeberseite anerkannt wird“
wie dies wörtlich am klarsten vom Berliner Tageblatt ausgesprochen wird. Diese Mitteilung entspricht auch dem Beschluß der Schlichter:

„die Kündigungsoption einzustellen und keinerlei Abänderungen zur Zeit“ vorzunehmen, „um die vollständige Durchführung des Schlichtungsverfahrens nicht zu hören“.

So lautet die offizielle Stellungnahme der Schwerindustriellen in der Deutschen Bergwerkszeitung und allen anderen bürgerlichen Zeitungen. Sie findet ihre Erklärung darin, daß beispielsweise nach Meinung der Deutschen Zeitung

„der Schiedsspruch objektiv so nennen ist“, „objektiv“ im Sinne der mit Hilfe des Reichsarbeitsministers und Schlichters durchgeführten Arbeitszeit- und Lohnregelung für die Schwerindustriellen. Daß dem so ist, bekämpft der Berliner Börsencourier mit den Worten:

„daß demnach der Schiedsspruch in der Lohnfrage eine leichte Verringerung des Gesamterdienstes der Arbeiter in der Eisenindustrie mit sich bringt“, und daß deshalb

„kaum ein Anlaß mehr besteht, mit der Stilllegung ernst zu machen... In der Tat kann dies vom Schlichter selbst gefällte Urteil nur unterstrichen werden, denn kein Spruch stellt den einzigen Ausweg aus der überaus verzwickten Situation dar“.

Daß nicht nur in der Lohnregelung, sondern auch in der Arbeitszeitfrage die Forderungen der Eisen- und Stahlwerke erfüllt sind, wird gleichfalls in der bürgerlichen Presse zugegeben, wie es z. B. ungewöhnlich von der Bessischen Zeitung mit folgenden Worten ausgesprochen wird:

„Der Schiedsspruch bietet in Bezug auf die Neuregelung der Arbeitszeit überdies genügenden Spielraum, die Durchführung für die Industrie tragbar zu gestalten.“

Wenn auch diese Tatsachen von den Schwerindustriellen damit verbunkelt werden sollen, daß sie nach der Bessischen Zeitung: „aus tatsächlichen Gründen“ den Schiedsspruch ablehnen, so geschieht dies nur deshalb, weil nach demselben Blatt

„mit einer Verbindlichkeitserklärung aller Voraussicht nach zu rechnen ist“.

Darauf warten nicht nur die Schwerindustriellen, sondern auch bereits die Reformisten, wenn ihnen die Hütten- und Metallarbeiter nicht einen Streik durch diese Rechnung machen werden.

Denn was bedeutet es anderes, wenn der Vorwärts in seiner Freitag-Morgenausgabe, der sich zur Aufnahme des Kampfes

rüstenden Metallarbeiterschaft mit den Worten in den Rücken fällt:

„daß die Arbeiterschaft im Industriegebiet in ihrem Kampf für den Achtstundentag ein volles Jahr gehemmt wird“.

Damit wird bereits die Kapitulation der SPD vor der kommenden Verbindlichkeitserklärung des gefällten Düsseldorf-Schiedsspruches im Bunde mit der Deutschen Allgemeinen Zeitung angekündigt, die gleichfalls darauf rechnet:

„daß jede Partei wenigstens einer Teillösung zustimmt und daß im schlimmsten Falle der eine Spruch für verbindlich erklärt wird, während der zweite zum Gegenstand neuer Verhandlungen gemacht wird“.

Zustimmend antwortet darauf auch bereits der Vorwärts in seiner Freitag-Abendausgabe mit den Worten:

„Dieser Spruch muß sorgfältig werden.“

Wie dieser Spruch nach Meinung der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer „korrigiert“ werden muß, hat bereits die Tägliche Rundschau in ihrer Freitag-Morgenausgabe auf Grund einer Mitteilung des örtlichen Metallarbeiterverbandes rechtzeitig genug der Arbeiterschaft offenbart, um nicht davon überlistet zu werden. Danach teilte der Christliche Metallarbeiterverband zu dem Düsseldorf-Schiedsspruch in seiner Erklärung bereits mit:

„daß die Vertreter der freien Gewerkschaften zwar ihre formelle Unterzeichnung unter den Schiedsspruch verweigerten, der vorgesehene Regelung aber mündlich zugestimmt haben“.

In den Wirtschaftskämpfen sind die bestehenden Schlichtungsinstanzen die ausführenden Organe der Kapitalistenklasse und ihres Bürgerblocks. Durch diese Spruchspraxis wird der Arbeiterklasse jede Möglichkeit, bessere Lohnverhältnisse und den Achtstundentag zu erkämpfen, genommen und das Streikrecht illusorisch gemacht. Schon jetzt gilt es zu erkennen, daß mit der kommenden Verbindlichkeitserklärung des gefällten Schiedsspruches gerechnet werden muß. Die Schwerindustriellen als auch die Reformisten werden sich der Verbindlichkeitserklärung unterordnen, um die Aufnahme des Kampfes der Hütten- und Metallarbeiter zur restlosen Durchsetzung ihrer von den Gewerkschaften erhobenen Forderungen zu verhindern.

An den Hütten- und Metallarbeitern im Ruhrgebiet und in Schlefien liegt es, diese Umwälzung des Kampfes zu verhindern und mit allen Mitteln durch sofortige Stellungnahme in allen Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen die Ablehnung des Schiedsspruches gegen und trotz seiner Verbindlichkeitserklärung durchzusetzen. Entsprechend dem Beschluß des Erweiterten Parteirat des DGB kann es nichts anderes geben, als das Bille der Arbeitseinstellung am 1. Januar 1928 in Anwendung zu bringen, um im Kampf den reinen Achtstundentag, die reine Achtstundentagswoche unter Lohnausgleich und 10 Prozent Lohn-erhöhung durchzusetzen.

Hütten- und Metallarbeiter, entscheidet euch! Die Lösung ist: Aufnahme des Kampfes am 1. Januar 1928!

Protest der Bauarbeiter

Die am 2. Dezember erlassene Verordnung des Reichspräsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung, Dr. Sarup, wonach die Wartzeit für die diejenigen Arbeitslosen von 14 Tagen auf 3 Wochen erhöht wird, die in Betrieben beschäftigt waren, die ihre Arbeit infolge der Witterungseinflüsse reduzierten oder ganz einstellen mußten, hat bei der Bauarbeiterschaft lebhaften Entzweiung ausgelöst. Die Bauarbeiter erhalten auf Grund dieser Verordnung zwei oder drei Wochen keinerlei Unterhaltung, ganz gleich, ob sie bisher regelmäßig und in dem gesetzlich erforderlichen Maße ihre Beiträge für die Arbeitslosenversicherung bezahlt haben. Die kommunale Landtagsverwaltung hat gegen diesen unerhörten Angriff auf die Bauarbeiterschaft bereits einen Antrag im Landtag eingebracht, um bei der Reichsregierung einen Druck zur Beseitigung dieser unerträglichen Verordnung auszuüben.

Die Verantwortung für diese Verordnung fällt auf die SPD und die reformistischen Gewerkschaftsführer, die das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung über alle Weihen lobten und es als einen Fortschritt für die Arbeiter hinstellen versuchten. Jetzt verspüren nun die Arbeiter die ersten praktischen Auswirkungen der Bauarbeiter erheben gegen diese Verordnung den schärfsten Protest. Das zeigen die nachstehenden Entschlüsse, die von den Telegeschäften Greiling, Zwidauer Straße, und Garageneubau Albrechtstraße gefaßt wurden.

Entscheidung

Die Telegeschäft der Baustelle Greiling, Zwidauer Straße (180 Mann) hat von der Verordnung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung, nach der der Bauarbeiter bei Arbeitslosigkeit eine Wartzeit von 2-3 Wochen zugewiesen wird, Kenntnis genommen. Wir protestieren dagegen, daß die Bauarbeiterschaft unter Ausnahmeverhältnissen gestellt wird. Es ist bekannt, daß auch die Löhne der Bauarbeiter nicht so hoch sind, um nach Ersparnisse machen zu können. Deshalb muß gegen diese Verordnung energig Front gemacht werden. Wir beschließen die Vorstände des Baugewerkschaftsbundes und des Zimmererverbandes, sofort Schritte einzuleiten, um diese Verordnung rückgängig zu machen.

Resolution

Die auf dem Garageneubau Albrechtstraße, Baumallee 67, beschäftigten Bau- und Schlosserarbeiten nehmen mit Entrüstung von der Verordnung des Reichspräsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung vom 2. Dezember Kenntnis und protestieren aufs schärfste gegen die Verlängerung der Wartzeit von 14 Tagen auf 3 Wochen für Arbeitslose solcher Betriebe, die in unmittelbarer Folge von Witterungseinflüssen die Arbeit einstellen. Die Versammelten fordern vom Baugewerksbund, vom DGB und den politischen Arbeiterparteien schnelles Eingreifen, um diese für die Bauarbeiter schwere Schädigung bringende Verordnung zu beseitigen.

Protestresolution Joh. Reinhardt, Neubau Blumenstraße

Ja der Betriebsversammlung am 13. Dezember 1927 wurde über den Artikel in der Dresdner Volkszeitung, zwei bis drei Wochen Wartzeit, diskutiert und folgende Resolution angenommen:

Die 40 Mann starke Belegschaft der Firma Joh. Reinhardt vorm. G. Schaller Präsidenten-Str. 84-88, nimmt mit Entzweiung Kenntnis von der Verordnung des Reichsarbeitsministeriums über zwei- bis dreiwöchige Karenzzeit der Saisonarbeiter und erhebt dagegen schärfsten Protest. Sie fordert gleichzeitig die Gewerkschaften auf, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dagegen zu protestieren.

Bauarbeiter

Donnerstag den 22. Dezember 17 Uhr große Protestversammlung im Volkshaus (Trionon), Schützenplatz 4 und Trabantenstraße. Tagesordnung: 1. Die Verordnung des Reichsarbeitsministeriums über die Karenzzeit der Saisonarbeiter und ihre Auswirkung auf die Bauarbeiterschaft. 2. Aussprache hierzu. Arbeiter! Erscheint massenhaft in dieser wichtigen Versammlung.

Deutscher Baugewerksbund, Baugewerkschaft Dresden Der Vorstand.

Verantwortlich für den Dresdner und Ostschlesien: Bruno Goldhammer, Dresden; für den gesamten übrigen Inhalt: Rudolf Kenner, Dresden - Druck: „Bauwag“, Druckereifabrik Dresden.



An den Ufern des Hudson

Roman von H. Desberry

(10. Fortsetzung.)

„Sie geben also zu, Herrn Rawley gehöht zu haben?“
Nun war Herr Clinton wieder völlig der Untersuchungsrichter, keine Stimme Klang eigig, schneidend.

Ethel Lindsay schrak zusammen.
„Ja... nein... ich gebe nichts zu, meinte bloß...“
„Sie haben es schon zugegeben. Dies genügt für heute.“

Der Untersuchungsgefangene ließ die Gefangene abführen. Er lächelte vor sich hin, war mit dem Ergebnis der letzten Stunde zufrieden. Dann blickte er auf die Uhr; das Verhör hatte ihn hungrig gemacht.

Fünftes Kapitel

Der Tod in der Nacht

Henry Word sah im Arbeitszimmer seines Stadthauses und las einen Brief, den ihm soeben ein Bote gebracht hatte. Es waren nur wenige Worte:

„Er wird morgen abend neun Uhr nach S. S. gebracht.“
Keine Unterschrift.

Trotz seiner anscheinenden Belanglosigkeit seines Inhalts schlen der Brief auf den Millionär einen gewissen Eindruck zu machen. Nach einigem Überlegen nahm er den Telephonhörer zur Hand und ließ sich mit seinen Worten verbinden.

„Hallo! Ja, hier Word... Sie sind's, Davis? Schicken Sie mir sofort Braß heraus... Und auch Harris... Verstanden? Sofort... Gut.“

Er hängte den Hörer zurück.

Rach etwas dreierlei Stunden meldete der Diener:

„Jim Braß bittet Herrn Word zu sprechen.“

„Führen Sie ihn herein, und falls Harris kommt, möge er warten. Aber nicht im Vorzimmer, sonst bin ich für niemanden zu sprechen.“

Jim Braß trat ein, ein stämmiger, unterlegter, rotgesichtiger Mann mit blauen Augen.

„Wie ist die Stimmung?“ fragte der Fabrikant, ohne ihn eines Grußes zu würdigen.

„Nicht besonders gut, Herr.“

„Dann haben Sie schlecht gearbeitet,“ fuhr Word ihn an.

„Nein, Herr, ich tat mein Möglichstes. Aber ich vermag Personens Einfluß nicht entgegenzuwirken; der Reel benutzt die Gelegenheit, um die Verbrüderung aller Klassen und Völker zu predigen, die Arbeiter...“

„Schwächen Sie nicht so viel. Ich bin sehr unzufrieden mit Ihnen. Dies ist nun schon das zweite Mal, daß Sie versagen. Glauben Sie denn, ich zahle Sie, damit Sie ein gutes Leben führen können?“

„Ich werde mir alle Mühe geben, Herr.“ Des Mannes Stimme klang verzagt. Er ahnte Todes. Was soll er tun, wenn der gebenedeite Dollarregen aufhört, wenn er wieder ehrliche Arbeit leisten muß? „Ich werde mir alle Mühe geben, Herr,“ wiederholte er.

„Morgen abend um neun Uhr ist die Ueberführung. Bis dahin...“

„Ja, Herr, doch fürchte ich...“

Der drohende Blick des Fabrikanten schüchtern Braß ein.

„Einige Leute sind auf unserer Seite,“ jagte er hastig.

„Wie viele?“

Braß wurde verlegen.

„Etwa... ungefähr...“ Er stockte.

„Wie viele?“ herrschte ihn die harte Stimme an.

„Wirklich hundertfünfzig,“ würgte der andere die Worte hervor.

Word lachte auf, schneidend, böse.

„Hundertfünfzig von zwanzigttausend! Wirklich ein schöner Prozentfuß.“

„Es ist nicht meine Schuld, Herr. Die Arbeiter lassen sich nicht mehr aufheben, wie vor Jahren, und diese verfluchten 3 W. W.“

„Das geht mich nichts an. Ich gebe Ihnen einen Auftrag und Sie haben ihn zu erledigen. Verstanden? Morgen früh um zehn erhalten Sie mir Bericht.“

Er drehte Braß den Rücken, und dieser schlich aus dem Zimmer, froh, noch so glimpflich davongekommen zu sein.

*) Industrial Workers of the World (Industriearbeiter der Welt), amerikanische Arbeiterpartei.

